

im Widerspruch steht. Die Regierung soll sich aus dem Grunde entschlossen haben, die Volksabstimmung jetzt zuzulassen, weil Einzelabstimmungen in den Ländern und Städten nicht zu vermeiden gewesen wären und unter diesen Umständen eine allgemeine Abstimmung als zweckentsprechender bezeichnet werden muß.

Ende des Habsburger Putzches

Das Abenteuer der Habsburger in Ungarn darf als beendet angesehen werden. Die Reutermeldung, daß der Staatsrat in Budapest bereits vollzogen worden sei, wird von allen Seiten dementiert. Dem steht auch die Tatsache gegenüber, daß die ungarische Nationalversammlung sich scharf gegen die Habsburger ausgesprochen hat. Der österreichische Nationalrat hat gestern folgenden Antrag der Großdeutschen einstimmig angenommen: „Der Nationalrat erinnert daran, daß sich der ehemalige Kaiser Karl am 11. November 1918 verpflichtet hat, die Entscheidung des deutsch-österreichischen Volkes über seine staatliche Verwendung anzuerkennen. Der Nationalrat stellt fest, daß das deutsch-österreichische Volk diese Entscheidung gefällt hat durch die Wahl der konstituierenden Nationalversammlung, die die republikanische Bundesverfassung durch einstimmigen Gesetzesbeschluß festgesetzt hat. Der Nationalrat erklärt, daß das deutsch-österreichische Volk entschlossen bleibt, die friedliche Entwicklung des republikanischen Bundesstaates gegen jede Bedrohung von außen und von innen zu sichern. Der Nationalrat fordert die Bundesregierung auf, jeder Gefährdung der Republik mit allen Mitteln der äußeren und inneren Politik tatkräftig entgegenzuwirken.“ Die Vertreter der drei Parteien: der Sozialdemokraten, der Großdeutschen und der Christlich-Sozialen gaben Erklärungen ab, daß die demokratische Republik aufrechterhalten und alle Vorkehrungen getroffen werden müßten, daß außenpolitische Vorgänge keine innerpolitischen Wirkungen in Oesterreich auslösen dürften. Nach der Annahme des Antrages wurden lebhafteste Hochrufe auf die Republik ausgebracht.

Eine bemerkenswerte Erklärung gab Graf Sforza im italienischen Senat ab. Er sagte, daß die italienische, die französische und die englische Diplomatie einmütig für die Entsetzung des ehemaligen Kaisers Karls aus Ungarn eingetreten seien. Karls Abenteuer habe nicht überlebt; denn Italien habe die Gefahr vorhergesehen und vorbeugende Maßnahmen getroffen, indem es sich mit Belgrad und Prag vorher verständigt habe. Dies sei einer der Vorteile des Vertrages von Rapallo und der nahen Beziehungen Italiens zu den österreichischen Nachbarn. In Ungarn müsse jedermann, daß weder Italien noch die benachbarten Staaten eine Wiederverkehr Karls jemals dulden würden.

Im Zusammenhang mit den von Graf Sforza erwähnten Beziehungen Italiens zur kleinen Entente steht eine Haasmeldung, nach der die französische Regierung vom ersten Augenblick an zu dem Ereignis in Ungarn eine äußerst deutliche und unzweideutige Haltung eingenommen habe, und sich der Wiederverkehr des Königs Karl auf den Thron widersetze. Frankreich habe nie den Plan verfolgt, Oesterreich wieder mit Ungarn zu vereinigen, selbst wenn es darüber zu einem Kriege in Mitteleuropa hätte kommen sollen.

Wohin der Exkaiser sich jetzt wenden wird, ist noch nicht klar. Graf Sforza sagte, daß die italienische Regierung keine Schwierigkeiten machen werde, wenn der Habsburger nach Spanien überflüchteln und auf der Durchreise italienisches Gebiet berühren wolle. Es ist aber wahrscheinlich, daß Karl sich wieder nach der Schweiz zurückzieht. In diesem Falle wird sein Zug von zwei Entente-offizieren begleitet und zwei Mitglieder des österreichischen Nationalrates, ein Großdeutscher und ein Sozialdemokrat, werden die Kontrolle des Zuges übernehmen. Der Schweizerische Bundesrat hat beschlossen, dem Exkaiser den Aufenthalt in der Schweiz zu bewilligen, er werde sich jedoch nicht nur wie früher verpflichten müssen, sich jeder politischen Tätigkeit zu enthalten, sondern er wird, wie seinerzeit König Konstantin von Griechenland, das formelle Versprechen abgeben müssen, die Schweiz unter keinen Umständen zu verlassen, ohne vorher dem Bundesrat von einer solchen Absicht in Kenntnis gesetzt zu haben. Ob Exkaiser Karl einer Internierung unterworfen werden wird, ist noch nicht bestimmt. Auch ist über seinen zukünftigen Aufenthaltsort in der Schweiz noch kein endgültiger Entschluß getroffen worden. Die erneute Erlaubnis zum Aufenthalt soll nur provisorisch sein, und in erster Linie mit Rücksicht auf das Gesuch der ungarischen Regierung gegeben worden sein. Auch glaubt dadurch der Bundesrat dem Frieden in Europa zu dienen.

Die Wiedergutmachungsfrage

Die Konferenz der Gewerkschaftsinternationale in Amsterdam über die Reparationsfrage ist gestern beendet worden. Die Beschlüsse liegen noch nicht vor. Die Konferenz der der Internationalen sozialistischen Arbeiterschaft angehörenden Parteien, nämlich der deutschen Unabhängigen Sozialdemokraten, der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei und der französischen Sozialistischen Partei, ist gestern in Amsterdam zusammengetreten. Bekanntlich hat auch das Exekutivkomitee der Zweiten Internationale nachträglich nach Amsterdam eine Sitzung einberufen. Es wurde eine längere Erklärung angenommen, in der die Sozialisten der alliierten Länder anerkennen, daß die Wiedergutmachungspflicht durch die Leistungsfähigkeit Deutschlands begrenzt ist. Dann wird die Bereitstellung in folgenden Punkten konstatiert: Es ist erforderlich, daß die zerstörten Gebiete so schnell wie möglich den vollen Anteil an der Entschädigung erhalten, ohne den ihr wirtschaftlicher, politischer und moralischer Wiederaufbau gefährdet würde. Um die erforderlichen Summen aufzubringen, müssen im Laufe der nächsten fünf Jahre eine oder mehrere große internationale Anleihen abgeschlossen und durch 30 Annuitäten verbürgt werden, die Deutschland sich zu bezahlen verpflichtet.

Es liegt im Interesse der alliierten Länder, daß diese große Kreditoperation durch die Mitarbeit aller Nationen ermöglicht und erleichtert wird.

Die Konferenz begrüßt es, daß die französischen und die deutschen Bauarbeiter unter Leitung des Internationalen Arbeitsamtes des Völkerbundes in Genf das Zusammenarbeiten deutscher und französischer Arbeitskräfte am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete organisieren wollen, um dadurch im besonderen die private Bereicherung kapitalistischer Kreise der beteiligten Länder auf Kosten der notleidenden Völker auszuschalten.

Die auf der Konferenz vertretenen Parteien verpflichten sich, alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die der Schaffung großzügiger Wiederaufbaupläne im Wege stehen.

Damit der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete sich mit der notwendigen Schnelligkeit vollzieht, muß ein gemischtes System von Sach-, Arbeits- und Geldleistungen angewendet werden.

Die von Deutschland zu vollziehenden Leistungen sind auf Reparation anzurechnen.

Die sachlichen Leistungen sind unter Mitwirkung der Gewerkschaften daraufhin zu prüfen, daß sie weder der Arbeiterschaft des liefernden noch des nehmenden Landes zum Nachteil gereichen.

Ferner wird ausgesprochen, daß die deutsche Regierung sich bereit erklären soll, ein festes Minimum an Jahresraten zu bezahlen, das der Prosperität des Landes angepaßt wird. Diese gleitende Skala sollte nicht allein die Ausfuhrziffern, sondern — in derselben Weise wie gewöhnliche Steuern — die Höhe des Nationalvermögens und Einkommens berücksichtigen.

Die entstehenden Streitfragen sollen einer Sachverständigenkommission zur Entscheidung überwiesen werden. Es wird dann die Hilfe des Völkerbundes angerufen. Immerhin will man sich nicht ganz auf ihn verlassen, sondern erklärt das Proletariat für berufen, durch seine Klassenorganisationen die Lösung dieser Aufgaben in die Hand zu nehmen. Wir sind neugierig, wie das J. B. die belgische sozialistische Partei, die an einer nationalistischen Regierung teilnimmt, wohl machen wird.

Französische Arbeitervertreter waren bei der Zweiten Internationale überhaupt nicht vertreten. Teilgenommen soll der französische Abgeordnete Kozler haben, einer der sogenannten „Dissidenten“, die wegen ihres extremen Nationalismus aus der sozialistischen Partei ausgeschlossen wurden. Die Gruppe hatte entgegen dem Parteibeschluß für den Verfall der Friedensvertrag gestimmt ...

Die Errichtung der Zoll-Linie

E. C. Paris, 2. April.

Der gestern von der Volkshastkonferenz eingesehete Ausschuh zur Beratung der Frage der Errichtung der Zolllinie im Rheinlande hat seine Arbeiten beendet und die Volkshastkonferenz dürfte bereits heute vormittag in der Lage sein, ihre endgültigen Beschlüsse zu fassen. Die Einwendungen der englischen Regierung betrafen besonders die große Zahl der interalliierten Beamten, die der französische Plan vorsah. Auch wandte sich England gegen die Tarife, die zur Anwendung kommen sollten. Der Ausschuh

hat nun beschlossen, daß die Zahl der in Aussicht genommenen interalliierten Zollbeamten wesentlich verringert werden soll. Sie sollen nur die Aufgabe haben, die Tätigkeit der deutschen Zollbeamten zu überwachen. Hinsichtlich der Tariffage wurde festgestellt, daß für die Ausfuhr aus dem Rheinlande nach Deutschland nur eine statistische Abgabe erhoben werden soll, um den rheinischen Erzeugnissen in Deutschland die weitgehenden Abgabengebiete zu sichern. Dagegen wird die deutsche Einfuhr sehr hoch besteuert werden. In der Uebergangszeit soll der neue Tarif stufenweise durchgeführt werden. Vor dem jedesmaligen Uebergang von einer Staffel zur nächsten muß die interalliierte Rheinlandkommission die Zustimmung der alliierten Regierungen einholen.

Der Internationale Gewerkschaftsbund und die Zweite Internationale

Entgegen der von gewisser Seite verbreiteten Darstellung, als würden die am 31. März in Amsterdam beginnenden Konferenzen vom Internationalen Gewerkschaftsbund und der an die 2. Internationale angeschlossenen Parteien in gemeinsamem Einvernehmen und sogar gemeinschaftlich veranstaltet, stellt der Internationale Gewerkschaftsbund fest:

1. daß der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes bereits am 14. März den Beschluß gefaßt hat, seine Konferenz am 31. März und die folgenden Tage in Amsterdam abzuhalten;
2. daß die 2. Internationale ihren Beschluß in London erst eine gute Woche später faßte;
3. daß der Beschluß des Vorstandes der 2. Internationale erfolgte ohne irgendein vorheriges Einvernehmen mit dem Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes noch mit dessen Vorwissen;
4. daß beide Veranstaltungen vollkommen unabhängig voneinander abgehalten werden.

Eine Note Tschitscherins an Frankreich

Paris, 2. April.

Wie dem „Matin“ aus London gemeldet wird, findet ein Antrag aus Moskau an, Tschitscherin habe der französischen Regierung eine Note gesandt, in der gegen die Zurückhaltung von 25 000 Russen in Frankreich protestiert wird. Die Sowjetnote fügt hinzu, wenn die französische Regierung dem Verlangen der russischen Regierung nicht nachkomme und den russischen Staatsbürgern nicht gestatte, Frankreich zu verlassen, so werde sie die notwendig erscheinenden Maßnahmen ergreifen.

Änderungen in der britischen Regierung

London, 1. April.

Eine lange Liste von Veränderungen im Ministerium ist heute veröffentlicht worden. Die wichtigsten sind: Horne wird zum Finanzminister ernannt, Addison zum Minister des Gesundheitswesens und Kellaway zum Generalpostmeister. Lord Edmund Talbot ist zum Nachfolger von Lord French als erster Botschafter von Irland unter der neuen Regierungsform bestimmt.

Verklebung der Konferenz der deutschen Ernährungsminister. Am 4. April sollte die nächste Konferenz der deutschen Ernährungsminister in Bremen zusammenzutreten. Wie die „Münch. Ansb. Abendztg.“ erfährt, ist die Konferenz infolge der unsicheren politischen Lage auf den 18. April verschoben worden.

Ein ungetreuer Kohlenbeamter. Der frühere bevollmächtigte Leiter der Hanauer Kohlenverteilungsgesellschaft, Hauptmann Friedr. Beyer, hatte sich wegen Untreue und Unterschlagung vor der Strafkammer zu verantworten. Beyer war die Holzverteilung an die Holzhändler und Einziehung der Beiträge überlassen. Er hat 93 000 Mark unterschlagen und für sich verwendet. Das Urteil lautete auf zwei Jahre und zwei Monate Gefängnis.

Hungersnot in China. Nach einer Haasmeldung aus Peking fordert die Hungersnot in Honan, Schenji und Tschili schreckliche Opfer.

Die Volks-Musikschule

Von Professor Leo Reitenberg

In den nächsten Tagen erscheint im Verlag C. F. Weyers, Leipzig, ein Buch des berühmten Kulturhistorikers „Musik-Entstehung und Musikpflege“ (160 Seiten, 12 B.), das aus einer Denkschrift hervorgegangen ist, die Reitenberg als Kulturforscher des Reichlichen Kulturmuseums verfaßt hat. Auf der breiten und produktiven Grundlage seiner sozialistischen Weltanschauung hat er einen großen Plan von Erneuerungen geschaffen, die unter Mithilfe von den Kinderlehrern der Volksschule bis zur Organisation der Staatsooper umfassen und unter ganz Volkskultur zu verwandeln beabsichtigen. Jeder Einzelne kann man verschiedene Meinungen sein. Das Ganze ist etwas Neues und Fruchtbares, schon weil es nur die gegebenen gesellschaftlichen Zustände voraussetzt. Sollten wir nur mehr solcher Männer, die unser Leben schon heute mit sozialistischem Inhalt zu füllen verstehen! Anderen Gemeindefestungspolitikern heißt das Buch zahlreiche wichtige Aufgaben. Ihnen sei das Studium des Wertes daher zur Pflicht gemacht.

Wer einmal durch die Klassen unserer Volks- und höheren Schulen geht, findet überall musikalisch Begabte, die spielend lernen, was andere sich mühsam erarbeiten müssen. In den höheren Schulen wird ein Talent meist rechtzeitig erkannt und durch die Eltern gefördert; in Volksschulen dagegen können sich Begabungen nicht entfalten, weil es in der Regel an Mitteln fehlt, um ein ernstes Studium zu bezahnen. Und soll wirklich das Kind Musikunterricht bekommen, so stehen die Eltern ratlos vor der Wahl des Konservatoriums oder der musikalischen Winkelschule, zu der dieser oder jener der Bekannten rat. Oft fällt das Kind als Spekulationsobjekt in unrechte Hände und spielt Cassenhauer und Couplets in Ensembleklassen mit 20 Mitschülern, bis jedes feinere Empfinden erschlagen ist. Ueber diese unhaltbaren Zustände, die ein Grundhaben unserer gesamten musikalischen Jugendzubereitung sind, ist bereits gesprochen worden. Hier muß der Hinweis auf das gewaltig angeschwollene Pseudertum und auf seine Gefahren für Zukunft und Kultur unserer Musik genügen. Denn daß die Kunst nicht nur eine Auslese von Begabungen braucht, sondern mehr und dringender noch eine breite und empfangliche Menge, die die Musik um des inneren Gewinns willen liebt und ausübt, das hat die Musikkultur und -literatur des 15. und 16. Jahrhunderts mit ihren vielen Chören und Chormerzen und mit der Teilnahme aller Stände des Volkes an der Musikpflege zur Genüge bewiesen. Auch die neuere Musikgeschichte zeigt immer wieder die Bedeutung der Musik-Empfänglichen oder der „Liebhaver“, wie man früher sagte, für Entwicklung und Steigerung des Musiklebens wie der künstlerischen Produktivität. Ohne den breiten und tiefen Grundbau einer Musikübung und -pflege des Volkes kann die höhere Tonkunst ebensowenig gedeihen wie die künstlerische Kultur.

Eine der wichtigsten Aufgaben wird es sein, die ersten entscheidenden Schritte einzuleiten, um Städte und Gemeinden auf die Wichtigkeit und Bedeutung von Volksmusikschulen hinzuweisen. Es sind auch schon von verschiedenen Seiten, besonders vom „Musikpädagogischen Verband“, Anregungen gegeben, die von Einzelstufen oder allgemeinen Betrachtungen ausgehen und eine Organisation des Musikunterrichtes unter staatlicher oder städtischer Aufsicht vorschlagen. Diese Vorschläge überschätzen ohne Zweifel die Kraft der wirtschaftlichen und politischen Leistungsfähigkeit des Staates. Wohl aber ist zu erwarten, daß Staat oder Stadt grundlegende Maßnahmen treffen, daß sie beraten und helfen und durch ihre Organisation des Musikwesens die Aufsicht und Begutachtung übernehmen.

Zunächst wird es sich darum handeln, die geplante Einrichtung von Volksmusikschulen mit Unterstützung der Gemeinden in die Wege zu leiten. Diese Musikschulen sollten Unternehmungen der Gemeinden sein. Sollten sich finanzielle Schwierigkeiten bei ihrer Gründung ergeben, so müßten die Musikschulen im Notfalle mit Hilfe des Staates unterstützt werden, keineswegs dürfen sie aber zu Geschäftsanternehmungen werden. Doch sie sich möglichst selbst erhalten, ist bei der schwierigen wirtschaftlichen Lage von Staat und Gemeinde Vorbedingung für ihre Einrichtung. Von den Schülern ist ein Beitrag zu erheben, der jedoch nicht auf Gewinn ausgehen darf. Freistellen werden grundsätzlich für Begabte und wenig Bemittelte zu schaffen sein. Staat oder Stadt hätten in Verbindung mit den Fachverbänden die Sicherheit für die künstlerische Eignung der Lehrenden und die Aufsicht über die Schule besonders in künstlerischen, pädagogischen und ideellen Fragen wahrzunehmen.

In die Volksmusikschule werden nur Schüler aufgenommen, deren musikalische Eignung durch eine Prüfung festgestellt ist. Der Unterricht dürfte nur von Lehrkräften erteilt werden, die ihre Befähigung durch das staatliche Examen nachgewiesen haben. An dieser Stelle mag der Grundfah genügen, daß der Unterricht den Charakter pädagogischer und künstlerischer Zuverlässigkeit in sich trägt.

Die Schulzeit sollte mindestens 3 Jahre dauern, müßte aber solange verlängert werden können, bis der Schüler eine gewisse künstlerische Befriedigung gefunden hat. Er soll eingeführt werden in Geist und Kraft der musikalischen Kunst, in ein Erleben, Mitempfinden und Verstehen der Musik, in ein produktives Mitarbeiten beim Singen, Spielen oder Hören von Musikstücken. Es hieße Sinn und Ziel der Schule verkennen, wenn hierbei an die Ausbildung zum Berufsmusiker gedacht werden würde. Die Literatur ist unter besonderer Aufsicht auf die persönliche Einstellung und Eignung des Schülers auszuwählen. Die Volksmusikschulen dürfen nicht ausschließlich auf öffentliche Vorführun-

gen von Leistungen und Erfolgen hinarbeiten, sie müssen ihr Ziel in der Ausbildung und möglichen Vervollkommnung des Erziehbaren suchen, müssen anregen und fördern, sich aber auch zu begnügen wissen. Es soll nicht ein neues Musikproletariat oder Halbproletariat gezeugt werden. Wer in der Volksmusikschule das Durchschnittsziel erreicht, wird leichtere Stücke für sich spielen und singen und vielleicht auch Kammermusik treiben können. Aber zu einer Konkurrenz für den Berufsmusiker wird der Schüler, der nur in der Volksmusikschule erzogen ist, nie werden, nie werden können. Denn die Leistungen der Berufsmusiker werden nach Einführung staatlicher Prüfungen immer mehr steigen, so daß der Schüler der Volksmusikschule nicht mit ihnen in Wettbewerb treten kann. Eine Störung des beruflichen Musiklebens ist von dieser Seite nicht zu befürchten, eher werden gerade durch die von der Volksmusikschule vermittelte musikalische Allgemeinbildung der Jubrand und das Interesse für Konzerte und Musikveranstaltungen erheblich wachsen, und die öffentliche Musikpflege wird um viele musikalisch Interessierte und Empfangliche reicher sein. Auch eine Schädigung der Privatmusiklehrer und Privatinstanzen ist durch die Volksmusikschule nicht zu befürchten, da die Voraussetzungen für die Aufnahme in die Volksmusikschule wesentlich andere sind als für die Privatinstanzen. Es gilt, für die Volksmusikschule jene Volksteile zu gewinnen, die bislang von einem diegenen Musikunterricht so gut wie ganz ausgeschlossen waren.

Die Volksmusikschule läßt sich in verschiedenen Formen einrichten. Am nächsten liegt der Aufbau einer Sing- und Musikschule. Hier werden die stimmbegabten, singtunigen Schüler aufgenommen, die ihre Schallkenntnisse erweitern wollen. Der Unterricht wird sich vorerst an den Lehrplan der Schule halten müssen, um Vergessenes nachzuholen oder überhaupt die Grundelemente zu sichern. Anschließend würden Bombastfahnen, Sozialisation, Tonverteilungsversuchen, Phrasierung, Dynamik und die engere Vortragstechnik behandelt werden. Das Schwergewicht rückt dabei auf das Schönsingen, auf ein Beherrsigen aller ausdrucksstehenden Hilfsmittel. Einzelfied und Chorlingen sind ein Teil des Unterrichts, wobei naturgemäß dem musikalischen Verstehen und Deuten, dem Erfassen des musikalischen Affekts nach wie vor weiter Raum zu lassen ist. Mit der Erziehung müssen theoretische wie musikalisch-praktische Unterweisung Hand in Hand gehen, damit jeder Einseitigkeit vorgebeugt ist. Die Literatur ist nach methodischen Grundfahen unter Verwendung der neueren Musik zu verwenden. Der Chor kann zu Feiertagszeiten und Aufführungen der Schule und Stadtgemeinde herangezogen werden. Im einzelnen läßt sich der Lehrplan nicht auf umgrenzen, doch bietet der vorbildliche Organisations- und Lehrplan der Augsburger Sing- und Musikschule ein Beispiel dafür, wie sich die gesungliche und musikalische Entwicklung gestalten ließe. In diesen Einrichtungen wachsen die Mitglieder der zukünftigen Volks-Chöre heran.

Gute Zeiten für Lügner

Die Vorgänge in Mitteldeutschland sind von der bürgerlichen Presse in sensationeller Weise entstellert worden. Von einer „großen Aufstandsbewegung“ konnte von Anfang an keine Rede sein, und auch jetzt noch, wo das Feuer erloschen ist, sieht die bürgerliche Presse ihre Sensationsmacherei im großen Stile fort. Zeilenreiche Schmöks, die während des Krieges nicht auf ihre Kosten gekommen sind, üben sich im Fabulieren. Sie sehen meistens nichts von dem, was vorgeht, horchen vielmehr mit langgespihten Ohren dritte Personen aus und geben jedes aufgefangene Gerücht als positive Tatsache an ihre Blätter weiter.

Das „Berliner Tageblatt“ läßt der reaktionären Presse nahezu den Rang ab in bezug auf entstellte Berichterstattung. Das Blatt berichtet heute früh u. a., daß in Sangerhausen der angebliche Hölz „gegen die verhafteten Geiseln in bestialischer Weise vorgegangen sei“. Kein Wort davon ist wahr. In Sangerhausen sind die Geiseln nicht mißhandelt, sondern auf freien Fuß gesetzt worden.

Hinter der ganzen sensationellen Berichterstattung steckt aber System, das einesteils von den reaktionären Führern der Schupo genährt wird, die sich durch „Helldaten be-rühmt“ machen möchten, andererseits hat auch die Reaktion ein starkes Interesse daran, die Situation ernsther darzustellen, als sie in Wirklichkeit ist. Sie möchte allzu gern die Reichswehr in Aktion treten lassen, damit der Luftsturz zur Militärdiktatur gegeben werde. Zu diesem Zweck werden die Nachrichten nicht nur tendenziös entstellt, sie werden direkt von einer Fälscherzentrale aus den Fingern gezogen. Als Beweis dafür, wie gelogen wird, wollen wir folgende Wolff-Meldung anführen:

Halle, 31. März.

Im Mansfelder Aufrührergebiet herrscht im allgemeinen Ruhe. Der Bahnhof in Köthen wurde von den Kommunisten gesprengt. Bedra wird von Banden unsicher gemacht. Keinem wurde gestern von Kommunisten beschuldigt. Der Pfarrer und der Bürgermeister zur Eröffnung von einer Million Mark Vorsegeld festgenommen. Der Ort wurde zum Teil geplündert. Im Bezirk Merseburg wurde die Arbeit eingestellt. Bewaffnete Banden üben Terror aus. Ein Personenzug nach Leipzig wurde beschossen und der Personenverkehr lahmgelegt.

An dieser Meldung ist kein Wort wahr. In Arttern ist kein einziger Schuß gefallen, kein Haus ist geplündert worden, weder der Bürgermeister noch der Pfarrer wurden als Geiseln festgesetzt. Der Putz ist überhaupt nicht bis in jene Gegend vorgezogen, es herrscht in dem Ort der tiefste Friede. Auch die Telegraphen-Union lügt im Dienste der Reaktion. Sie meldet, daß in Mitteldeutschland eine Verschärfung der Lage eingetreten sei. Das Gegenteil ist wahr. Die ganze kommunistische Aufstandsbewegung hatte in Mitteldeutschland nie festen Boden gefaßt. Die Arbeiter haben sich in überwältigender Mehrheit gegen die kommunistische Wache erklärt. Ein geringer Bruchteil, der im Anfang mitmachte, weil er glaubte, im Dienste einer politischen Idee zu stehen, hat sich mit Abscheu und Ekel sehr schnell von der Bewegung zurückgezogen, nachdem er Augenzeuge jenes wahn-sinnigen Treibens einer Gruppe von pathologischen Narren geworden war. Es ist also auch unwahr, wenn von kommunistischer Seite behauptet wird, die Vorhut des Proletariats befände sich in Mitteldeutschland mit der bewaffneten Macht im Kampf. Eine Vorhut hat in Mitteldeutschland überhaupt nicht gefaßt, die „Vorhut“ hat vielmehr geraubt, geplündert und Dynamitattentate ausgeführt, sich aus dem Staube gemacht, wenn es gefährlich wurde, und hat die eigentlichen Kämpfe mit der militärischen Macht der Nachhut überlassen, also demjenigen Teil der Arbeiter, der ortsansässig war und sich von herumstreifenden Banden mißbrauchen ließ.

Zu einem Eingreifen der Reichswehr liegt absolut kein Anlaß vor. Die Reichswehr würde vielmehr durch ihr Eingreifen erst jenes Chaos hervorzurufen, das bisher vermieden worden ist. Der mitteldeutsche Putz hat neben der Entlarvung der kommunistischen Führerschaft auch den Nachweis erbracht,

daß die Reichswehr ein völlig überflüssiges Instrument ist. Überall ging es besser ohne sie, schlecht wird es erst, wenn sie eingreift.

Die letzten Zuckungen

Im Laufe des gestrigen Tages haben im nördlichen und nord-westlichen Gebiet von Halle noch vereinzelte Zusammenstöße mit bewaffneten Banden stattgefunden. Es muß hervorgehoben werden, daß diese Banden mit irgendeiner politischen Bewegung nichts zu tun haben. Es handelt sich um ganz gewöhnliche Räuberaktionen, wobei sich die Anführer meistens von Motiven zu Gunsten ihres eigenen persönlichen Vorteils leiten lassen. Auch die Vorgänge im Kreise Liebenwerda sind von keiner nennenswerten Bedeutung. Die von der Reichswehr angekündigte großartige Gegenaktion wird ein Luftsich werden, da der kommunistische Putz in dem rein ländlichen Bezirk noch weniger Resonanzboden gefunden hat als in Eisenach und Mansfeld.

Gestrichelt wird in ganz Mitteldeutschland so gut wie gar nicht mehr. Bei Beesenstedt hat die Schupo gestern eine Bande gestiftet, die vorher die Gegend von Wettin, Könnern, Nauendorf und Löbejün unsicher gemacht hatte. Die Bande soll dabei 18 Tote und eine größere Anzahl Vermundete verloren und Waffen und Munition eingeküßt haben. Einige größere Güter wurden gebrandschatzt, an verschiedenen Orten wurden öffentliche Kassen beraubt.

Das sozialistische Proletariat muß von diesen Banden weit ab-rücken. Die Bewegung hat mit Sozialismus nicht das mindeste zu tun. Den Führern kann höchstens zugute gehalten werden, daß sie unter pathologischen Einwirkungen stehen. Zu be-dauern sind nur die Arbeiter, die tatsächlich glaubten, im Dienste einer politischen Idee zu handeln und die dann jedesmal, wenn es ernst wurde, von den sogenannten Führern schmächtig im Stich gelassen wurden.

Auf der linken Rheinseite im besetzten Gebiet haben sich gestern auf einzelnen Zügen neue Unruhen zugegetragen. Magazine sollen geplündert worden sein, bei einer Schießerel wurde ein Mann getötet und mehrere verwundet.

In Dresden kam es Freitag abend am Ring zu kleineren Zu-sammenstößen zwischen Demonstranten und der Sicherheitspolizei. Es wurden Schreckschüsse abgegeben, worauf die Menge ausein-anderstob. Zahlreiche Verhaftungen sind vorge-nommen worden.

In München hat die Polizei einen Studenten namens Hans Gustav Schiff aus Berlin verhaftet, der den General-streik auf der Kommunisten in München angefertigt haben soll.

Der Zusammenbruch der KPD im rheinisch-westfälischen Gebiet

Mit viel Tamtam und geheimnisvollem Getöse leiteten die Kommunisten im rheinisch-westfälischen Industriegebiet die längst versprochene Aktion ein. Die Parole der Zentrale von Berlin zum allgemeinen Generalstreik wurde am Karfreitag im Bezirk bekannt. Fleißhaft arbeiteten die Kommunisten während der beiden Tage vor Ostern, um den Generalstreik für den Dienstag durchzuführen.

Stimmung war in keinem Ort für die Parole der Kommunisten vorhanden. Die Revolutionäre verlagten die Revolution vom Sonnabend bis nach den Oster-ferttagen, da sollten dann die Betriebe besetzt werden und der Generalstreik zur Durchführung kommen.

Inzwischen kam es in Essen, Dortmund und bei Elberfeld-Barmen während der Feiertage bereits zu blutigen Zu-sammenstößen mit der Polizei. Es tauchten in diesen Orten die bekannten Wasserfemmen-Gestalten auf, und der erste Erfolg in den besetzten Orten Reitmänn und Godelsberg war, daß man die Post und die Banken auf Geld revidierte und daselbe „abholte“. Diese Nachrichten schreckten alle anstän-digen Elemente in den übrigen Orten ab, so daß am Dienstagmorgen mit wenigen Ausnahmen in allen Städten und Orten die Betriebe voll arbeiteten. Trotz Plakaten und Flugblätter und Versammlungsworten fürwahr ein kläglicher Erfolg. Ein vollständiger Zusammenbruch ist es, wenn eine große Partei eine Parole ausgibt, die nicht einmal vom zehnten Teil der eigenen Mitglieder durchge-führt wurde.

Wesentlich breiter wird die Instrumentalschule einzu-richten sein. Sie führt in die Instrumentenlehre und instrumen-tale Technik ein und gibt Anleitungen zum Musizieren im Zu-sammenhang mit Gesang und gymnastischer Rhythmik. War die Volksschule ihrer Aufgabe gewachsen, so ergeben sich die Beziehun-gen des Volkes zum Instrumentalen von selbst, denn der Gesang ist heute so wie früher das Vorbild instrumentalen Musizierens. Geige und Klavier werden wohl noch lange bevorzugt bleiben. Es liegt aber im Interesse unserer musikalischen Kultur, daß wir von dieser Enge der Musikbetätigung wieder zu einer Bereicherung des häuslichen und gesellschaftlichen Instrumentariums kom-men. Holzblasinstrumente, Trompete und Horn müssen wieder geübt und als Soloinstrumente behandelt, überhaupt das landläufige Klavier-spiel zurückgedrängt werden. Damit soll der esoterische und praktische Wert des Klavierspiels nicht herabgesetzt werden. Doch werden durch die Einführung von weniger gebräuchlichen Instru-menten in den allgemeinen Unterricht die Möglichkeiten zu kleinen Hauskonzerten, zum Orchester- und Ensemblespiel vermehrt, denn ohne diese Mittel ist an eine Erweiterung der modernen Haus-musik und ihrer Literatur und an eine Belebung der Liebhaber- und Vereinskonzerte nicht zu denken.

Ist das Wesen der Instrumentalmusik klargelegt und verstanden, so wird die technische Ausbildung im Zusammenhang mit den notwendigen musikalischen Kenntnissen in Angriff zu nehmen sein. Als leitender Grundsatz gilt: nicht zu einem Me-kanisieren, sondern zu einer Lebendigmachung der Erfordernisse der Ausbildung zu gelangen, denn nicht die Fertigkeit allein, sondern nur die geistig beherrschte Übung führt zur Entloftung der Anlagen.

Auf einer mittleren Stufe werden die Schüler zu Ensemble-klassen vereint. Man kann Streichquartette aufstellen, Bläser-Ensem-bles, auch volle Orchester, wenn die Schüler zur Erlernung von Musikinstrumenten angehalten werden. Dessenartige Aufführungen werden das Studium beleben und zu weiteren Leistungen anregen.

Eine dritte Form der Volksmusikschule ist die rhythmisch-gym-nastische Schule. Während Gesang und Instrumentenspiel der rein musikalischen Betätigung gewidmet sind, so wird in dieser Schulform das rhythmische Element in seiner Verbindung mit Ton und Bewegung gepflegt. Das führt mehr zu einer betrach-tenden Art der Musik und ihrer Elemente, soweit es sich um den einführbaren Unterricht handelt. Man wird sich da zunächst mit den Problemen von Klang und Rhythmik beschäftigen müssen und aufsteigen bis zur Analyse von Tonständen nach Form, Inhalt und Ausfertigungs- oder Betonung. Daneben werden Dynamik und Agogik, Gehörbildung und rhythmische wie musikalische Polyphonie gelehrt. Die Gymnastik kann im Anschluß an die Methode von Georges Dalcroze mit den erforderlichen Modifikationen in beson-deren Stunden gepflegt werden wobei die Zöglinge bis zu Tanze-

spielen und improvisierten Darstellungen gehörter Rhythmen ge-langen.

Die Kurse regen zum Erleben der Musik auf dem Wege der musikalisch-plastischen Rhythmik an. Denn für Musik ist nicht nur die eigene Betätigung durch Spielen oder Singen wichtig, sondern ebenso die Belebung des inneren Empfindens und Mitfühlens wie die Sicherheit im Hören und Erfassen von musikalischen Vor-gängen. Dieser Ziel ist nur durch einen systematischen Lehrgang zu erreichen.

Der hier kurz skizzierte Plan einer Volksmusikschule wird sich ohne Schwierigkeiten an großen Blühen mit Hilfe der Gemeinden und unter Mithilfe des Staates verwirklichen lassen. Unter Be-rücksichtigung der jeweiligen Verhältnisse können aber auch in kleinen Städten, selbst in größeren Dörfern, solche Volksmusi-kschulen ins Leben treten. An Schülermaterial fehlt es nicht. Doch müßte die Leitung und Ausgestaltung der Musikschulen nur tüch-tigen Lehrern und Künstlern übertragen werden, und es wäre dafür zu sorgen, daß die Lehrkräfte nach einheitlichen Grundsätzen arbeiten, über die sich die Leiter der Schulen in gemeinschaftlichen Konferenzen verständigen können. Für die Zukunft unserer Musik und Kultur sind Volksmusikschulen dringende Notwendigkeit. Eine Ausbildung, wie sie in diesem Entwurf angedeutet wird, würde unsere musikalische Jugendzucht fördern und die besten Kräfte zu produktiver Arbeit vereinen.

Die Volkshochschule Thüringen veranstaltet auch in diesem Jahre wieder einige interessante Unterhaltungen. So wird in der Pfingstwoche in Lauscha, dem Mittelpunkt der thüringischen Heimindustrie, eine volkswirtschaftliche Woche statt-finden, an der vor allem Schüler und Schülerinnen der thüringischen Volkshochschule teilnehmen sollen. Eine ähnliche Woche, die in den Geist Alt-Weimars einführen soll, ist für Ende August in Tiefurt bei Weimar geplant. Außer den Arbeitsgemeinschaften, die sich hier zu Unterrichtszwecken vereinigen, sollen auch künstlerische Darbietungen in ganz schlichter Form zu sehr wohl-fellen Preisen im Programm dieser Veranstaltungen stehen.

Tages-Notizen

Veranstaltungen der U.S.S.R. Dritter Direkt. Sonntag, vorm. 9 Uhr, Führung durch die russische Galerie im Kronprinzen-Palast. Teilnehmern 1 W. beim Schauspieler, Tempelhofstr. 10, und beim Genossen Müller, Arbeiter, 123.

Vorlesungen in der Volkshochschule. Sonntag, vorm. 10 Uhr, findet in der Rühlischen Volkshochschule, Rühlstr. 35, die zweite Vorlesung statt. Zum Vortrag gelangen Vorträge von Eberlein, Stern, Wögel und Eintricht, frei.

Schauspieltage. Deutsches Theater. Dienstag, „Mensch“ von Wagner. — Neues Volkstheater. Freitag, „Die Verurteilten“ von Hauptmann. — Volkstheater. Samstag, „Anique“ von Godeffroy.

Musikabende. Sonntag: bei Paul Cilliers bei geladener musikalischer und graphischer Ausstattung von Edward Wachs in „Sturm“ Eröffnung der Ausstellung von Kurt G. Schiller (Vorbilder, „Goldungen“ und „Kleinste“).

Aus Godelsberg berichten die Zeitungen, daß es dort zu Kämpfen gekommen sei. Das ist falsch. Ein halbes Dutzend Leute hatte am Vormittag, den 29. März, den Bahnhof besetzt und hielt die Rüge an. Nachdem Post und Bank um mehrere Hunderttausend Mark erleichtert waren, wurde aus Nachbar-orten Polizei herbeigerufen und die Kommunistenherzhaft war nach sechsstündiger Dauer für Godelsberg erledigt. 28 Tote wird in den Schauerberichten erzählt, habe es gegeben. Kein einziger Schuß wurde in Wirklichkeit abge-geschießen. Bei der Flucht warfen die Pfänderer Hunderttausende Mark weg, so daß der Schaben nicht gar so groß sein dürfte.

Das traurigste bei der ganzen Komödie ist es, daß die Behörden in allen Orten nach den Organisatoren suchen, und daß bereits in einer ganzen Reihe von Orten Verhaftungen in großer Anzahl vorgenommen worden sind. Wer die Justiz und den Einfluß der Reaktion kennt, weiß, was den armen Teufeln blüht. Einen Erfolg freilich können die Kommunisten bereits buchen. Zu vielen Dutzenden haben Anhänger der KPD, die aus reinem Idealismus sich der Bewegung angeschlossen hatten, ihre Mit-gliedsbücher abgegeben und erklären, mit sol-chen Putz nichts zu tun haben zu wollen. Es bestätigt sich eben, daß die Unabhängige Sozialdemokratische Partei von Anfang an im Recht war, als sie davor warnte, die 21 Bedingungen so leicht zu nehmen. Auf Befehl läßt sich keine Revolution machen. Das Verlangen der Parole der KPD, in ganz Deutschland ist dafür der schlagendste Beweis.

Ruhe in Düsseldorf

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Düsseldorf, 2. April.

Von der kommunistischen Putz- und Streikbewegung ist in Düsseldorf nichts mehr zu spüren. Die Besatzungsbehörde hat mehrere Personen aus Düsseldorf in das besetzte Gebiet ausge-wiesen, die in der nationalsozialistischen Stahlhelmbewegung eine Rolle spielten. Zu den Ausgewiesenen gehört auch der Polizeikommissar Gauer, der frühere langjährige Leiter der politischen Abteilung der Düsseldorfer Polizei. In dieser Eigenschaft hat er die sozia-listische Arbeiterbewegung mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft. Er hat diese Tätigkeit auch in den letzten Jahren weiter ausgeübt, obwohl die politische Polizei durch die Revolution befristet sein sollte. Beim Kapp-Putsch war Gauer einer der eifrigsten Kappisten.

Die von bürgerlichen Blättern mitgeteilte „separatistische Er-hebung“ in März scheint nichts anderes als ein geschmackloser Aprilscherz zu sein.

Reaktionäre Provokation

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

München, 2. April 1921.

Die Münchener Polizei fährt in provokatorischer Absicht fort, Kommunisten zu verhaften, trotzdem in München nicht der geringste Anlaß dazu besteht. Während einer Versammlung des Republi-kanischen Reichsbundes, bei der in der Diskussion Redner der drei sozialistischen Parteien sprachen, darunter auch ein rechtssozialisti-scher Reichstagsabgeordneter, wurde durch einen reaktionären Pro-vokateur vor dem Eingang des Versammlungsorts eine Hand-granate zur Explosion gebracht. Es wurde niemand verletzt, nur Sachschaden angerichtet. Die Orgel-Presse verleiht den Ansehens zu erwecken, als handle es sich um einen kommunistischen Anschlag. Die Polizei meldet, wie bei solchen Vorgängen immer, daß der Vorgang nicht festgestellt werden könne, trotzdem während der Versammlung 12 Polizisten anwesend waren, und den Vorgang ohne weiteres hätten feststellen können.

Wie sie toben

Blut muß fließen

Die reaktionäre Presse ist täglich voll mit Heftartikeln gegen die Arbeiterbewegung, für die die kommunistischen Putz die den Vorwand abgeben. Diese Hefte überrascht zwar nicht, aber zur Kennzeichnung des politischen Wibes der reaktionären Kreise und ihrer politischen Mittel ist es doch notwendig, besonders markante Merkmale politischer Brutalität weiter zu verbreiten. In der „Deutschen Zeitung“ Maurenbrechers schreibt der „Ansi-liche“ Landrat von Herzberg folgendes:

„So müssen wir unsern äußeren Feinden gegenüber denken! für den inneren Feind aber gilt das Wort: Die Obrigkeit trägt das Schwert nicht umsonst! Verbrecher am deutschen Volke verdienen nicht die christliche Regel, verdienen nicht das Schwert, sondern allein den Strick! Wir wollen nichts mehr hören von Nachgeben, von Verhändeln, wie es der Oberpräsi-dent Herling tut. Wir verlangen Härte und rücksichtsloses Zugreifen, selbst wenn dabei milleitertes deutsches Blut fließt; denn wir wissen, daß um so weniger deutsches Blut fließt, je härter die Nachmittel sofort eingesetzt werden.“

Handelt sich hier nicht ganz im Sinne dieser Forderungen, wenn er Sondergerichte mit sorgfältig präparierter Belegung vorbereitet, um die „Verbrecher am deutschen Volke“ dem Strick auszuliefern?

Eine andere bürgerliche Pressestimme zur gegenwärtigen Situation ist interessant, weil sie Seltenheitswert besitzt. Sie steht in der „Berliner Volkszeitung“ und ihr Verfasser zeich-net sich dadurch aus, daß er bei allem Jörn gegen die kommunisti-schen Putzisten auch nicht die reaktionäre Gefahr übersieht. Er findet, daß die rechtsradikalen Antisemiten und die Infiltradika-len Moskauanhänger einander nichts nachgeben und besetzt diese Auffassung mit der Tatsache, daß ein geheimer Antisemitenbund in Breslau bereits damit begonnen hat, in der Dessenlichkeit hervorretende Juden zwar nicht zu töten, aber zu verprügeln. Auch die Keuchung des Herrn Landrats zeigt, wie richtig die e-ler Demokrat die Reaktionäre einschätzt. Er meint, der Wahn-sinn beider Bewegungen müsse aufs schärfste bekämpft werden, aber er fügt hinzu:

„Ich halte die Gefahr einer Pogromhe in Breslau für größer als die kommunistische; denn dieser steht die Arbeitererschaft unbedingt ablehnend gegenüber, jener aber an-geheben die gesamte reaktionäre Studentenschaft, die Bismarck-bündler und Schup- und Trupp-bündler vor.“

Dem ist nur hinzuzufügen, daß die gesamte reaktionäre Stu-dentenschaft und gleichwertiges Gesindel ihre reaktionären Be-strebungen ganz ungehindert zum Teil sogar unter Billigung der Behörden betreiben, während die Kommunisten auf der halben der Gesetze gestellt werden sollen.

Italienisch-slowakisches Wirtschaftsabkommen. Nach einer Stefanimeldung wurden das Wirtschaftsabkommen zwischen Italien und der Tschecho-Slowakei sowie Vereinbarungen über juristische und finanzielle Fragen bezüglich der Staatsangehörigen beider Länder abgeschlossen. Auch ein bis zum 31. Dezember 1925 gültiger Handelsvertrag wurde unterzeichnet, der die Reichsbegünstigungsklausel enthält. Ein weiteres Abkommen regelt Verträge gegen die zurzeit in Kraft befindlichen Ein- und Ausfuhrverträge. In Tries wird ein tschecho-slowa-kisches Zollbureau eingerichtet werden.

